

menschen rechte

Hrsg.: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Deutsche Sektion e.V.



Neuer IGFM
Kino-Spot:
„A woman
from Africa“



Humanitäre
Hilfe: 1.100 Pakete
für Rumänien



In Nordkorea inszenierte das kommunistische Regime am 28. Dezember 2011 eine Trauerfeier für den verstorbenen Diktator Kim Jong-il, an der mehrere hunderttausend Personen teilnahmen.



Wer
mitreden will,
sollte gut
informiert sein!



Jetzt auch als

ideaSpektrum
E-Paper

Ihre Vorteile:

- Informationsvorsprung von eineinhalb Tagen
- Volltextrecherche im idea-Archiv
- Zugriff auch von unterwegs
- Kostenlos für Heft-Abonnenten



Gern informieren wir Sie zum Thema E-Paper:
Tel. (06441)915-122 / aboservice@idea.de

- Ich bestelle ideaSpektrum im Schnupper-Abo, d.h. für 2 Monate zum Preis von nur einem Monat: 8,30 €

Möchte ich ideaSpektrum nicht weiterbeziehen, teile ich Ihnen dies spätestens nach sechs Wochen mit. Ansonsten beziehe ich ideaSpektrum danach zum Preis von:

- 6,40 € für Privatpersonen
 4,48 € für Schüler, Studenten, Azubis, Wehr- und Zivildienstleistende, Arbeitslose, Diakonissen

jeweils zzgl. Porto:
1,90€ in Deutschland / 2,25€ im übrigen Europa / 4,10€ weltweit

Vorname _____ Name _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Telefon (für eventuelle Rückfragen) _____

E-Mail _____

Coupon ausschneiden oder kopieren und senden an
idea e.V. · Postfach 18 20 · 35528 Wetzlar
oder per Fax an (06441)915-220

EDITORIAL

Liebe Leser,

Vierzig Jahre IGFM! Im Jahr 2012 feiert die IGFM den 40. Jahrestag ihrer Gründung. Sie wird ihre Jahreshauptversammlung an einem Ort begehen, der mit ihrer Geschichte eng verbunden ist: im ehemaligen Zuchthaus Cottbus. Allein in diesem Gefängnis, das inzwischen von ehemaligen Gefangenen gekauft wurde, saßen hunderte von politischen Gefangenen der DDR ein, die von der IGFM betreut wurden.

Vierzig Jahre IGFM – das ist ein Grund zur Freude und zum Rückblick auf das Geleistete, zugleich aber Anlass, nach vorne zu blicken. Die IGFM hat in den kommenden Jahren viel zu tun. Sie wird sich dabei verstärkt der modernen Kommunikationsmittel des Internets bedienen und soziale Netzwerke wie Facebook nutzen, um mit Menschenrechtsverteidigern vor Ort und hierzulande zusammenzuarbeiten. Dabei blicken wir auf Einparteidiktaturen wie die Volksrepublik China, Vietnam, Kuba, Nordkorea und auf islamische Staaten wie Ägypten, die Türkei, den Iran, Sudan oder Pakistan.

Auf den Fall von Asia Bibi, einer jungen Mutter aus der Islamischen Republik Pakistan, möchte ich Sie an dieser Stelle aufmerksam machen. Asia Noreen



Asia Bibi, Mutter von fünf Kindern, ist die erste Frau, die in Pakistan wegen Gotteslästerung zum Tode verurteilt wurde.

– bekannt auch als Asia Bibi – ist die erste Frau, die in Pakistan wegen Gotteslästerung zum Tode verurteilt wurde. Die Christin, die als Tagelöhnerin in einer Obstplantage beschäftigt war, wurde am 19. Juni 2009 im Dorf Itanwali (Provinz Punjab) verhaftet. Sie hatte auf Geheiß eines Landwirts Wasser für die Feldarbeiterinnen geschöpft. Doch diese weigerten sich zu trinken, weil das Gefäß von einer



Martin Lessenthin ist Vorstandssprecher der IGFM – Internationale Gesellschaft für Menschenrechte.

Christin berührt und damit „unrein“ geworden sei. Aufgebrachte Muslime schleppten sie zu einer Moschee, wo sie ihrem Glauben abschwören sollte. Als sie sich weigerte, wurde sie misshandelt und dann der Polizei übergeben. Am 8. November 2010 verurteilte sie das Gericht in Nankana in der Provinz Punjab aufgrund des Blasphemiegesetzes zum Tode. Der Mutter von fünf Kindern, die Berufung eingelegt hat, droht nach wie vor die Hinrichtung. Das Höchste Gericht in der ostpakistanischen Provinzhauptstadt Lahore überprüft gegenwärtig das Urteil.

Asia Bibi wird im Gefängnis von Sheikhpura in der Provinz Punjab in einer Einzelzelle unter starken Sicherheitsmaßnahmen gefangen gehalten und fürchtet, von Mitgefangenen oder möglicherweise sogar Wärtern umgebracht zu werden. Nach Morddrohungen durch Extremisten musste auch ihr Ehemann, der Ziegeleiarbeiter Ashiq Masih, mit den Kindern untertauchen. Extremistische Muslime haben angekündigt, sie zu töten. Ein Imam setzte im Jahr 2010 eine Kopfprämie von umgerechnet 4.870 Euro für ihre Tötung aus.

Bitte helfen Sie der IGFM, die Freiheit und Sicherheit von Asia Bibi durchzusetzen. Bestellen Sie zum Beispiel Appell-Listen und bitten Sie Freunde und Bekannte, sich bei der Sammlung von Unterschriften zu beteiligen. Die IGFM unterstützt Sie gerne auch bei weiteren Aktivitäten. Melden Sie sich bei uns, wenn Sie helfen wollen!

Ich wünsche Ihnen frohe und besinnliche Festtage und einen guten Start in ein gesundes und glückliches neues Jahr.

Martin Lessenthin



aktuell ▶

- 3 EDITORIAL**
- 5 KUBA**
Zwischen Mangel und Marxismus
- 5 MENSCHENRECHTSARBEIT:**
UOKG begrüßt Novelle des Stasi-Unterlagen-Gesetzes
- 6 SÜDAFRIKA:**
Neues südafrikanisches Mediengesetz
- 6 PERSONALIA:**
Trauer um Otto von Habsburg
- 8 INTERNATIONAL:**
*Global Media Forum der Deutschen Welle:
Keine Toleranz für die neuen Zensoren*
- 10 DEUTSCHLAND / IRAN:**
*Proteste gegen Todesurteil
von Pastor Nadarkhani*

Impressum

Herausgeber und Verlag: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Deutsche Sektion e.V., vertreten durch Karl Hafen, Geschäftsführender Vorsitzender.
Anschrift: IGFM, Borsigallee 9, 60388 Frankfurt am Main.
Tel.: 069-42 01 08-0, Fax: 069-42 01 08-33, E-Mail: info@igfm.de, Internet: www.igfm.de
Kto.-Nr. 23 000 733, Taunus Sparkasse, BLZ 512 500 00.

Sektion Österreich: Untere Augartenstr. 21, A-1020 Wien. Tel.: 0043-1-33 29 543, E-Mail: office@igfm.at
Kto.-Nr. 7 800 100, Österr. Postsparkasse, BLZ 60 000.

Sektion Schweiz: Birkenweg 1, CH-2560 Nidau. Tel.: 0041-32-33 17 567, Fax: 0041-32-33 15 781, E-Mail: schlegel.cats@bluewin.ch
Kto.-Nr 0558-675564-01, Credit Suisse.

Redaktion: Martin Lessenthin (Chefredakteur), Max Klingberg, Vu Quoc Dung.
Layout: Ulrike Lessenthin, Beatrice Hornung (Titel).

Mitarbeit an dieser Ausgabe: Sabine Fanta, Ulrike Lessenthin, Boris Luis Santa Coloma, Daniel Holler, Wanda Wahnsiedler, Kristin Slesazek, Marion Peterreins, Kim Ahrens.

Anzeigen: Anne Schäfer

Erscheinungshinweise: Viermal jährlich, Bezugspreis: In der Bundesrepublik Deutschland und in Österreich Einzelnummer 2,50 EUR, Jahresabonnement von vier Ausgaben 13,30 EUR; in der Schweiz 5 sFr und 30 sFr für ein Jahresabonnement.

Druck: Merziger Druckerei und Verlag, Merzig.

Titelfoto: dpa, Fotos: sofern nicht anders gekennzeichnet, IGFM.

Der Nachdruck der hier veröffentlichten Texte, auch auszugsweise, ist unter der Bedingung gestattet, dass unsere Publikation als Quelle genannt wird. Wir bitten um die Übersendung von zwei Belegexemplaren. Mit Verfassernamen gezeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion oder des Herausgebers übereinstimmen.



IGFM ▶

- 12 PAKISTAN:**
*Mister 10 Prozent spendet 15.000 Euro
für das Mädchenfluchthaus Apna Gar*
- 14 Ägypten:**
*Zwischen Militär und Islamismus:
Diskriminierung und Gewalt gegen
Kopten beenden*
- 15 PERSONALIA:**
Erinnerung an Václav Havel
- 16 BERGEN-ENKHEIM:**
Hilfsgüter und Pakete für Rumänien
- 17 IGFM-SCHWEIZ:**
Menschenrechtspreis 2011 verliehen
- 20 NORDKOREA:**
*Das Ende eines Taugenichts -
Menschenrechtsverbrechen in Nordkorea*
- 22 NEUER IGFM KINO-SPOT:**
„A women from Africa“



IGFM ▶

- 24 HAMBURG:**
*Demonstration und Mahnwache
gegen Todesstrafe für Ex-Muslime*
- 26 WITTLICH:**
Eine Großküche auf Reisen
- 27 ARBEITSAUSSCHUSS CHINA:**
*IGFM will Engagement
für China ausweiten*
- 27 AG RELIGIONSFREIHEIT:**
IGFM beim Evangelischen Kirchentag
- 28 FULDA:**
1.100 Kartons Geschirr
- 29 BÜCHER:**
*Glaube - Liebe - Sattelschlepper
Zeitschrift Stacheldraht*
- 30 Die Hälfte des Himmels**
Muslime und Christen

Zwischen Mangel und Marxismus

Benediktiner gründen Kloster in Havanna – 2012 Papstbesuch in Kuba

Es ist schwül heiß und bewölkt. Vom Meer weht eine kühle Brise herüber. Hinter einem verrosteten Gitter öffnet Bruder Jacques Missihoun (37) die Tür zum provisorischen Konvent der Benediktiner in Havanna, der Hauptstadt Kubas.

Die Innenräume des Konvents sind wenig einladend. Das Erdgeschoss wirkt steril und unpersönlich. Einzig der obere Wohnbereich mit der Gemeinschaftsküche strahlt wohnliche Wärme aus. Das Haus gehört zur Kirche „El Carmelo“ unweit der deutschen Botschaft im Stadtteil Vedado. Bruder Jacques aus Togo ist hier Hausoberer.

Die Ordensmänner stammen aus Afrika, von den Philippinen und aus Europa. Vor wenigen Wochen sind zwei Kubaner hinzugekommen. „Wir wohnen hier nur übergangsweise“, sagt Bruder Jacques. Ursprünglich sollten die Benediktiner ihr neues Kloster in Jaruco, rund 40 Kilometer östlich von Havanna, errichten. Doch das Gelände erwies sich als ungeeignet. „Nun haben wir von der Regierung ein neues Grundstück im Vorort San José zugewiesen bekommen“, sagt Bruder Jacques.

Die Schwierigkeiten sind geblieben. Denn Baustoffe sind auf Kuba rar, und schon die tägliche Nahrungsmittelbeschaffung ist ein Problem. Trotz vorsichtiger wirtschaftlicher Öffnung herrscht im kubanischen Alltag Mangel. „Selbst für Grundnahrungsmittel müssen wir oft weit laufen und lange anstehen“, sagt Bruder Jacques. Neben den – meist leeren – staatlichen Läden gibt es kleinere Privatmärkte, in denen geringe Mengen Kartoffeln, Mais, Hirse und Obst angeboten werden. Wer in Devisen bezahlt, bekommt sein Wechselgeld meist in der stark abgewerteten Landeswährung Moneda Nacional

(MN) zurück. Rund 250 MN, also knapp sieben Euro, verdient ein kubanischer Lehrer im Monat.

Kuba wird seit mehr als einem halben Jahrhundert atheistisch regiert; dennoch spielt Religion im Alltag eine wichtige Rolle. Auch Muslime und Juden haben auf der Insel ihren Platz. Die Gründung des Klosters geht auf eine Initiative von Havannas Kardinal Jaime Ortega zurück. Auf der Suche nach Benediktinern, die bereit wären, das erste Benediktinerkloster Kubas aufzubauen, wurde er im oberbayerischen Sankt Ottilien fündig.

Die Kongregation von Sankt Ottilien, ein internationaler Verband von Benediktinerklöstern, die sich besonders der Mission verpflichtet fühlen, beschloss die Entsendung von sechs Mönchen. Am 25. September 2008 wurde das Kloster mit einer kleinen Feier in Rom kirchenrechtlich auf eigene Füße gestellt. Unterdessen hat der Vatikan

bestätigt, dass es 2012 einen weiteren Papstbesuch auf der Karibikinsel geben wird. Im Stadtzentrum Havannas weisen offizielle Hinweisschilder auf Kirchen und Klöster im historischen Stadtzentrum hin. „Das mag als zaghafte Annäherung zwischen Klerus und Staat gedeutet werden“, sagt der Soziologe Sergio Costa von der FU Berlin. Doch von einer Normalisierung könne noch lange keine Rede sein.

„Die Menschen sind es überdrüssig, die Propagandalügen der Partei zu hören“, sagt eine alte Frau, die in Varadero regelmäßig zur Messe kommt. 50 Jahre Unterdrückung durch die Kommunisten, die sich gern als „Vertreter des Volkes“ gerierten, hätten tiefe Wunden geschlagen, sagt sie. So offen wie die alte Dame in der Kirche von Varadero sagt sonst kaum jemand auf Kuba seine Meinung – noch nicht.

kna

UOKG: Erleichterung durch die Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes

Der Dachverband der SED-Opfer, die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG), begrüßt die heute im Bundesrat verabschiedete Reform des Stasi-Unterlagengesetzes. Bis zuletzt war nicht klar, ob das Gesetz wegen einer umstrittenen Klausel zur Versetzung von ehemaligen MfS-Mitarbeitern in der Jahn-Behörde den Bundesrat passieren würde.

Der UOKG-Bundesvorsitzende Rainer Wagner erklärt: „Wir freuen uns sehr, dass die Novelle nun den Bundesrat passiert hat. Dies ist ein Zeichen dafür, dass die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit auf einem guten Weg voranschreitet. Es ist dem Bundesrat hoch anzurechnen, dass er dieser Aufarbeitung nicht im Weg steht.“

Die Regelung zur Versetzung ehemaliger MfS-Mitarbeiter ist fair, sozial ausgewogen und rechtsstaatlich korrekt. Es ging hier niemals um Rache – es ging darum, einen gerechten Ausgleich zwischen den jeweiligen Interessen zu finden. Dies ist mit der Novelle in einer ordentlichen Weise gelungen. Am Beispiel der gefundenen Lösung zeigt sich deutlich, wie sehr sich die bundesdeutsche Demokratie vom Umgang der DDR mit ihren Gegnern unterscheidet.“

SÜDAFRIKA:

Neues südafrikanisches Mediengesetz ist Anschlag auf Pressefreiheit und Demokratie

IGFM: Die ANC-Mehrheit gefährdet Südafrikas Pressefreiheit und Demokratie

Die Annahme des neuen Informationsgesetzes durch die Mehrheit des von Präsident Jacob Zuma geführten ANC im südafrikanischen Parlament am 22. November ist ein Anschlag auf die Medien- und Informationsfreiheit.

Das umstrittene „Gesetz zum Schutz von Staatsinformationen“ schränkt die Veröffentlichung von brisanten, geheimen Dokumenten durch Medien sowie die journalistische Arbeit in Südafrika erheblich ein.

„Südafrika ist dabei, die Pressefreiheit und damit die Demokratie zu verspielen!“, erklärt Martin Lessenthin, Sprecher des IGFM-Vorstands.



Der südafrikanische Präsident Zuma möchte die Medien kontrollieren.

Das Gesetz gefährdet den unabhängigen Journalismus und greift die Presse- und Informationsfreiheit an, die in der südafrikanischen Verfassung verankert ist. Die Berichterstattung zu Themen wie Korruption, Finanzskandalen und Vetternwirtschaft werden durch das Knebelgesetz erschwert. Gerade dies scheint die ANC-Mehrheit zu bezwecken, die offenbar eine freie Presse fürchtet.

Das neue Knebelgesetz verbietet es Journalisten, von Sicherheitsbehörden als „geheim“ eingestufte staatliche Dokumente und Daten zu veröffentlichen. Journalisten, die entsprechende Informationen enthüllen, drohen bis zu 25 Jahren Haft

Die IGFM trauert um Dr. Otto von Habsburg

Die deutsche Sektion der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte und viele Bürgerrechtler in Europa und weltweit trauern um Otto von Habsburg. Sein legendäres Paneuropäisches Frühstück in Sopron an der österreichisch-ungarischen Grenze war ein entscheidender Impuls für den Fall des Eisernen Vorhangs. Otto von Habsburg war eine große Persönlichkeit der modernen europäischen Geschichte!

Karl Hafen, Geschäftsführender Vorsitzender der IGFM, zeigt sich persönlich tief betroffen vom Tod von Habsburgs: „Otto von Habsburg war ein großer Verteidiger der Freiheitsrechte, ein Anwalt der Minderheiten- und der Volksgruppenrechte und ein eindrucksvoller Staatsmann.“



IGFM-Kuratoriumsmitglied Dr. Otto von Habsburg, eine der großen Persönlichkeiten der modernen europäischen Geschichte, verstarb am 4. Juli 2011 im Alter von 98 Jahren in Pöcking.

Sein Widerstand gegen den Nationalsozialismus wie sein Eintreten für die Aussöhnung und europäische Einigung

haben die Menschen beeindruckt und inspiriert.“ Als Abgeordneter des Europäischen Parlaments habe der älteste Sohn des letzten regierenden Kaisers von Österreich und Königs von Ungarn zwischen 1979 und 1999 „Europas Geschichte geprägt“.

Otto von Habsburg war ein politischer Visionär. Im Mittelpunkt seiner politischen Arbeit stand immer der Mensch. Hafen: „Mit größtem Engagement und mit Charisma ist Otto von Habsburg für die Menschenrechte, die Rechte Verfolgter und Vertriebener sowie für die Versöhnung unter den Völkern eingetreten. Als Mitglied des Kuratoriums der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte hat Otto von Habsburg die IGFM beraten und begleitet. Dafür sind wir besonders dankbar!“



www.igfm.de



Das Global Media Forum 2011 der Deutschen Welle, eines der größten und wichtigsten Medienforen, stand unter der Überschrift „Human rights in a globalized world – challenges for the media“. 221 Redner trugen zu den etwa 50 Workshops bei. 1.600 Teilnehmer nutzten die Möglichkeit, sich durch interessante Beiträge bereichern zu lassen.

Die IGFM beteiligte sich aktiv an der Gestaltung und Durchführung des Forums. Um den Teilnehmern ein interessantes Angebot zu machen, entschied sich die IGFM für die Durchführung eines Workshops zum Thema „neue Zensoren“. Um den Zuhörern einen weltumfassenden Eindruck der höchsten Brisanz von „neuer Zensur“ zu geben, wurden Vertreter aus dem Iran, Kuba und ein Experte für China eingeladen.

Aufgrund des tragischen Todes der iranischen Menschenrechtsaktivisten Hoda Saber und Haleh Sahabi eröffnete die IGFM am Mittwoch, 22. Juni 2011, das Programm durch eine Pressekonferenz mit dem iranischen Autoren und Opfer des Regimes Houshang Asadi, der iranischen Aktivistin Dr. Shiva Shokhan und dem Vorstandssprecher der IGFM Martin Lessenthin, zu der internationalen Aktion „Solidarität mit inhaftierten iranischen Journalisten – Trauerflor für Hoda Saber“.

Der seit August 2010 inhaftierte regimekritische Journalist Hoda Saber starb am 11. Juni 2011 nach einem achttägigen Hungerstreik in Haft. Zeugen bestätigen, dass ihm die notwendige medizinische Hilfe verweigert und er Opfer von physischer Gewalt wurde. Mit seinem Hungerstreik protestierte der 54-jährige gegen den gewaltsamen Tod der inhaftierten Frauenrechtlerin Haleh Sahabi. Sahabi verstarb am 1. Juni 2011 bei der Beerdigung ihres Vaters, des renommierten regimekritischen Politikers, Ezzatollah Sahabi. Während der Beerdigungszeremonie wurde sie von Sicherheitskräften so misshandelt, dass sie kurz darauf verstarb.

IGFM beim Global Media Forum: Keine Toleranz für die neuen Zensoren



Das Thema bewegt – ein großes aktiv partizipierendes Publikum füllt den Raum.

Im Rahmen der Pressekonferenz rief die IGFM alle Aktivisten und Sympathisanten der Menschenrechtsarbeit auf, nicht tatenlos zuzusehen, sondern diese Chance zu ergreifen und sich zu beteiligen.

Direkt in Anschluss an die Pressekonferenz fand im gleichen Saal der Workshop „Zero tolerance for the new censors – internet, blogging and the right for free speech“ statt. Auf dem Podium konnten wir Lama-siel Gutierrez Roméro und Néstor Rodríguez Lobaina, zwei Opfer des kubanischen Regimes, den iranischen Autoren und ehemaligen politischen Gefangenen Houshang Asadi und den IGFM-Chinaexperten Peter E. Müller begrüßen.

Moderiert wurde der Workshop vom IGFM-Vorstandssprecher Martin Lessenthin. Der Gewinner des International Human Rights Book Awards 2011 Houshang Asadi stellte in seinem Beitrag insbesondere die „Internet Ghosts“ in den

Vordergrund – Webseiten, welche in „Schwarzen Löchern“ des Internets verborgen sind und in verschiedenen Formen und Weisen agieren.



Haakon Spriewald bei der Vorstellung von Néstor Rodríguez Lobaina.

Als besonders „mitleiderregend“ benannte er „Rufmordkampagnen im Netz“, um andere Meinungen zu vernichten. Jedoch verwies er auch darauf, dass solche und ähnliche Taktiken nicht nur vom Regime, sondern „leider auch von der Opposition“ verwendet würden. Asadi stellte aber auch die Wichtigkeit von sozialen Netzwerken wie z.B. Facebook und Balatarin dar, welche noch immer „für gesunden Dialog und konstruktiven Austausch“ stehen. Abschließend erläuterte er, dass „Internet Ghosts“ nichts weiter sind als die Wiedergeburt iranischer Despotie.

Der kubanische Bürgerrechtler Néstor Rodríguez Lobaina, der zehn Jahre seines Lebens in Gefängnissen verbrachte, engagiert sich gegen Desinformation und Zensur in Kuba, um dadurch einen Wechsel zu ermöglichen. In Kuba entstand eine „digitale Bürgerrechtsbewegung“, welche trotz zunehmender Zensur und Gefahr weiterkämpft: Die „digitale Polizei“ darf nicht gewinnen. Rodríguez Lobaina nannte Beispiele für die „Cyber-Resistance“: „Generation Y“, die unabhängige Agentur „Hablemos Press“ und das Magazin „University Torch“. Er sieht die internationale Gemeinschaft in der Verantwortung, Druck auf die Regierung auszuüben und dem kubanischen Volk zu helfen.

Lamasiel Gutierrez Roméro, eine kubanische „Dame in Weiß“ und Opfer der Zensurmaßnahmen des Regimes, machte in ihrem Vortrag deutlich, dass „die Regierung die Zensur als Waffe nutzt, um ihre Machtstellung zu erhalten“. Hierbei wird sie auch von vielen Firmen unterstützt, insbesondere wurde auf die Firma „Etecsa“ verwiesen. Dieses Unternehmen ist ein verlängerter Arm der Regierung, um Internetzugänge für 95 Prozent der Bevölkerung zu blockieren.

Abschließend verwies Peter E. Müller auf die Verwicklungen internationaler Unternehmen in die Zensurmaßnahmen Chinas. Als ein federführendes Beispiel führte Müller das US-amerikanische Softwareunternehmen CISCO, mit Ablegern auch in Deutschland, an. In den USA wird dieses Unternehmen



Jessica de Pleitez, Néstor Rodríguez Lobaina, Martin Lessenthin, Vorstandssprecher der IGFM und Peter E. Müller dringen gemeinsam auf eine intensive Auseinandersetzung mit der Thematik der neuen Zensur (von links nach rechts).

aktuell von drei chinesischen Dissidenten wegen Unterstützung des „Golden Shields“ verklagt. Das „Golden Shield“, auch „Chinese Great Firewall“ genannt, zielt darauf ab, jegliche Opposition im Netz unmöglich zu machen.

Die von den Referenten eingebrachten und dargelegten Informationen, Erfahrungen und Denkanstöße trafen bei dem Publikum auf großes Interesse. Durch eine aktive Beteiligung des internationalen Publikums entstand eine rege –

manchmal auch kontroverse – Diskussion.

Das Ziel, das Bewusstsein der Teilnehmer auf die täglichen Menschenrechtsverletzungen durch Zensur in den Fokusländern zu lenken, ist erreicht worden. Die Möglichkeiten der Kontaktaufnahme mit interessanten Gesprächspartnern konnten intensiv genutzt werden.



Aufmerksam und konzentriert folgen die Teilnehmer den Beiträgen der Redner.

sie zum rechten Weg zu geleiten, und sie wird zum Widerruf ermutigt werden.“ Der Gründer der Islamischen Republik Iran, Ajatollah Ruholla Khomeini, hat diese „erschwerten Lebensbedingungen“ präziser formuliert: „An den fünf täglichen Gebetszeiten muss sie ausgepeitscht werden, und ihre Lebensqualität und die Menge des Essens, der Bekleidung und des Wassers muss herabgesetzt werden, bis sie Reue zeigt.“

Der Hintergrund für dieses Gesetz ist die klassische islamische Auffassung, dass der Abfall vom Islam ein todeswürdiges Verbrechen gegen Gott und die islamische Gemeinschaft sei. Mit der Einführung der Scharia im März 1979 ist diese Rechtsauffassung zu geltendem Recht geworden.

Hinrichtung auch ohne neues Gesetz möglich

Auch wenn Apostasie aus dem iranischen Strafrecht gestrichen würde, wäre die iranische Justiz nach wie vor verpflichtet, in gleicher Weise weiter zu urteilen. Die Grundlage dafür ist eine Anweisung der iranischen Verfassung, die in Art. 167 festhält: „Sind solche Gesetze nicht vorhanden, so muss er [der Richter] seinen Urteilspruch auf der Grundlage der authentischen islamischen Quellen oder der gültigen Fatwas fällen.“

Er ist nicht befugt, die Eröffnung des Verfahrens oder den Urteilsspruch unter dem Vorwand fehlender, unzureichender, zu allgemein formulierter oder sich widersprechender gesetzlicher Regelungen zu verweigern.“ Die iranische Strafprozessordnung enthält diese Anweisung in § 214 ebenso und fast wortgleich. In den Jahren nach der Gründung der Revolutionsgerichte 1979 und noch vor der Kodifizierung des allerersten Teils des iranischen Strafrechtes 1982 sind, soweit bekannt, wahrscheinlich mehrere tausend Menschen „auf der Grundlage der authentischen islamischen Quellen oder der gültigen Fatwas“ hingerichtet worden.



Aktive der IGFM bei einer Mahnwache vor dem iranischen Generalkonsulat in Frankfurt am Main, hier am 25. August 2011.

Großes Interesse am Schicksal des Pastors

Nicht nur in Frankfurt, sondern bundesweit findet das Schicksal von Pastor Youcef Nadarkhani großes Interesse. Die IGFM bezeichnete das bisherige Ergebnis der Unterschriftenaktion als „äußerst positiv“ und als besonders geeigneten beispielhaften Fall, um auch auf andere schwerste Menschenrechtsverletzungen in der Islamischen Republik aufmerksam zu

machen. Die IGFM kündigte an, ihre Arbeit für die Rettung von Nadarkhanis Leben weiter fortzusetzen.

Der erste Versuch der IGFM, Appellisten für Pastor Nadarkhani zu übergeben, endete wie (bisher) alle weiteren: Die Vertreter der Islamischen Republik verweigerten ein Gespräch. Die Reaktionen der Behörden im Iran zeigen aber, dass sich der Iran zu Reaktionen gezwungen sieht.



Demonstrieren und Unterschriften sammeln für Pastor Nadarkhani.

Verzichten – spenden – helfen.

**Eine nachahmenswerte Idee! – Mister 10 Prozent spendet
15.000 Euro für das Mädchenfluchthaus Apna Gar in Pakistan**

Eine besondere Würdigung erhielt die pakistanische Menschenrechtsorganisation CLAAS am 16. November 2011: Mister 10 Prozent, eine Spendeninitiative in Wiesbaden, fördert die Arbeit für das Hilfsprojekt Apna Gar mit 15.000 Euro. Den Spendenscheck nahm stellvertretend der Geschäftsführende Vorsitzende der IGFM Karl Hafen in der Diakonie in Wiesbaden entgegen.

CLAAS (Centre for Legal Aid Assistance and Settlement – Zentrum für Rechtshilfe, Beistand und Versorgung) hatte das Schutzhaus „Apna Gar“ im Juni 2000 eingerichtet. Seither unterstützt und schützt es christliche Frauen und Mädchen wie das 10-jährige Mädchen Nagina, die Opfer gewalttätiger Übergriffe wie Vergewaltigung und erzwungene Konversion wurden und ihren Verfolgern entfliehen konnten.

Das Mädchen Nagina – ein Schicksal von vielen

Nagina war erst 10 Jahre alt, als sie die in ihrem Heimatort Shariqpur von drei erwachsenen muslimischen Männern vergewaltigt und so übel zugerichtet wurde, dass sie laut ärztlichem Befund später keine Kinder mehr gebären kann. Aufgrund des islamischen Zeugenrechts kann Nagina keine Hoffnung hegen, dass die drei Täter je verurteilt werden. Sie wurden in der Zwischenzeit auch tatsächlich gegen Kaution freigelassen.

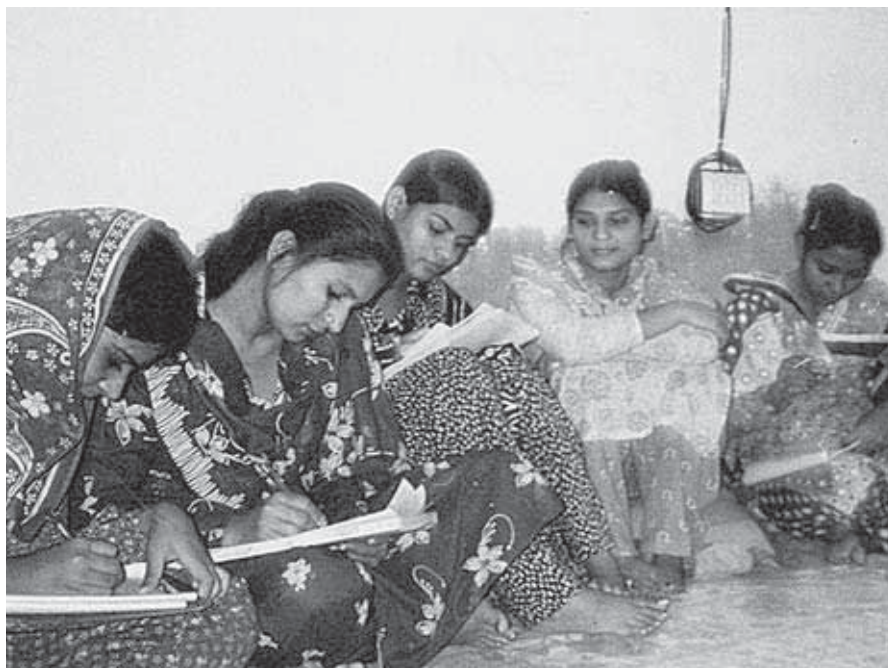
Die gesamte Familie des Mädchens steht seither unter ständigem Druck, die Anklage fallen zu lassen. Um das Mädchen vor weiteren Angriffen zu schützen und ihr Rechtsbeistand zu gewähren, nahm CLAAS das Mädchen in das Schutzhaus Apna Gar auf und



Das Schutzhaus „Apna Gar“ („unser Heim“) ist die einzige Schutzeinrichtung Pakistans, die auch zwangsislamisierte christliche Mädchen und Frauen aufnimmt. Der Bedarf an Einrichtungen dieser Art ist bei Weitem größer als die Kapazität des Hauses.



Karl Hafen, Geschäftsführender Vorsitzender der IGFM, präsentiert mit Mr. 10 Prozent Dr. Jürgen Maasberg einen Scheck über 15.000 Euro für Apna Gar.



Eine Infrastruktur wie in Deutschland mit Frauenhäusern, Beratungsstellen, Notschlafstellen und Ähnlichem existiert in Pakistan nicht, denn nach dem in Pakistan geltenden islamischen Eherecht hat ein „Ehemann“ das „Recht“, seine Frau zu schlagen. Frauen haben gleichzeitig nicht das Recht, sich wegen Misshandlungen von ihrem Ehemann zu trennen. Die sehr wenigen Frauenhäuser arbeiten in Pakistan – aus Angst vor gewalttätigen islamischen Extremisten – in völliger Heimlichkeit.

brachte die Familie in einer entfernten christlichen Gemeinde unter. Alle, die in Apna Gar wohnen, bekommen

kostenlose Rechtshilfe. Die Zusammenkünfte mit Rechtsanwälten werden im CLAAS-Büro organisiert, zu

Gerichtsverhandlungen werden die Betroffenen von einer CLAAS-Mitarbeiterin begleitet. Zurzeit wohnen zehn Frauen und Mädchen in Apna Gar in sechs Zimmern, jede hat ein eigenes Bett. Das Zentrum stellt die Dinge des täglichen Gebrauchs zur Verfügung. Die Frauen erhalten Vollwertkost nach einem wöchentlichen Speiseplan, kranke Frauen und Kinder bekommen spezielle Gerichte. Um sauberes Wasser zu garantieren, hat Apna Gar eine eigene Wasserfilteranlage. Die Hausmutter ist eine ausgebildete Krankenschwester.

Vorbereitung zum Start in eine gute Zukunft

Alle Bewohner von Apna Gar werden auf ihr zukünftiges Leben vorbereitet: Niemand soll Apna Gar verlassen, ohne lesen und schreiben zu können; Mädchen werden zu einer Klosterschule in der Nähe gebracht. Um Transparenz und verantwortungsvollen Umgang mit den Geldmitteln zu gewährleisten, wird Apna Gar jährlich von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer geprüft.

280 Projekte gefördert

Transparenz und Engagement ist auch das, worauf Mr. 10 Prozent großen Wert legt. Die 1968 gegründete Aktion hat seitdem 250 Projekte mit etwa acht Millionen Euro gefördert. Vorbedingung, dass Mr. 10 Prozent, der bis heute anonym bleiben konnte, auch in diesem Jahr seinen Obolus dazu tat, war, dass 400 Spender gesucht wurden, die bereit waren, zehn Prozent ihres Einkommens, ihrer Rente oder ihres Haushalts-, Urlaubs- oder Taschengelds abzugeben.

Die IGFM freut sich, dass Mr. 10 Prozent die Arbeit ihrer Partnerorganisation CLAAS auf diese Weise gewürdigt hat, und regt an, dass sich noch mehr Mr. oder Mrs. 10 Prozent gründen mögen.



Der Apna-Gar-Gründer und Präsident von CLAAS, Joseph Francis, bei der IGFM. CLAAS ist eine Mitgliedsorganisation der IGFM.

Hendrik Weise

IGFM: „Diskriminierung und Gewalt gegen Kopten beenden!“

Schon bald nach der Flucht von Ex-Präsident Mubarak aus Kairo am 11. Februar 2011 wurden die Hoffnungen vieler Ägypter auf einen raschen Wandel im Land enttäuscht. Dies gilt vor allem für die Kopten, deren Lage sich seit dem Sturz Mubaraks eher verschlechtert als verbessert hat.

Welche Perspektiven sehen koptische Ägypter nun für die nächste Zeit und was müssen sie von den Wahlen im November 2011 erwarten bzw. befürchten? Was könnte ein Wahlsieg islamistischer Parteien für die Kopten bedeuten? Um diese und weitere Fragen in einer Expertenrunde zu erörtern und das Bewusstsein der Öffentlichkeit für die Lage der Kopten in Ägypten zu schärfen, lud die IGFM am 20. September 2011 im Kölner Domforum zu einer Pressekonferenz mit dem Titel „Lage der Christen in Ägypten – Diskriminierung von Kopten beenden“.

Opfer und Zeugen berichteten über Verfolgung

Als Experten und Zeugen waren Bischof Anba Damian, Generalbischof der koptisch-orthodoxen Kirche im deutschsprachigen Europa, Maher El-Gohary, ein ägyptischer Konvertit, der mit seiner Tochter Dina aufgrund von Morddrohungen fundamentalistischer Muslime aus seiner Heimat fliehen musste, Prof. Dr. Fouad Ibrahim, Professor für Sozialgeographie an der Universität Bayreuth, und Medhat Klada, Präsident des von ihm mitbegründeten koptischen Dachverbandes „European Union of Coptic Organizations for Human Rights“, geladen.

Dokumentation der Gewalt

Während Medhat Klada eine erschreckende Dokumentation von Angriffen auf Kopten in Ägypten lieferte, beton-



Pressekonferenz der IGFM mit Zeugen, Opfern und Experten aus Ägypten im Dom-Forum in Köln.



Maher El-Gohary, der ägyptische Konvertit wird mit dem Tod bedroht.

te Prof. Dr. Fouad Ibrahim die Wichtigkeit eines Dialogs mit moderaten Muslimen, warnte aber auch vor einem Wahlsieg der Muslimbrüder im November, der Ägypten in einen Gottesstaat nach dem Vorbild des Iran verwandeln könnte.

Martin Lessenthin, Sprecher des Vorstandes der IGFM, forderte die Bundesregierung in seinem Beitrag dazu auf, Entwicklungsgelder stärker mit Bedingungen zu verknüpfen.

Auch merkte er an, dass es seit der Revolution eine Pluralität von Meinungen gäbe, wie sie unter Mubarak nicht möglich gewesen wäre.



Der koptisch-orthodoxe Generalbischof Anba Damian bei der IGFM-Presskonferenz im Dom-Forum in Köln.

Konvertiten müssen Morde fürchten

Schließlich veranschaulichte Max Klingberg, Ägypten-Experte der IGFM, die gegenwärtige Lage der Kopten und der Konvertiten in Ägypten.

Vor allem Bischof Damian war nach der Pressekonferenz ein begehrter Interviewpartner. Auch lockte die aktuelle Thematik einige nicht im Medienbereich tätige Zuhörer in den Raum, die im Anschluss an die Beiträge der Redner für eine hitzige Diskussion sorgten.

Sabine Fanta

„Die Freiheit ist wie das Meer: die einzelnen Wogen vermögen nicht viel, aber die Kraft der Brandung ist unwiderstehlich.“

Václav Havel

Präsident, Schriftsteller, Bürgerrechtler und politischer Gefangener

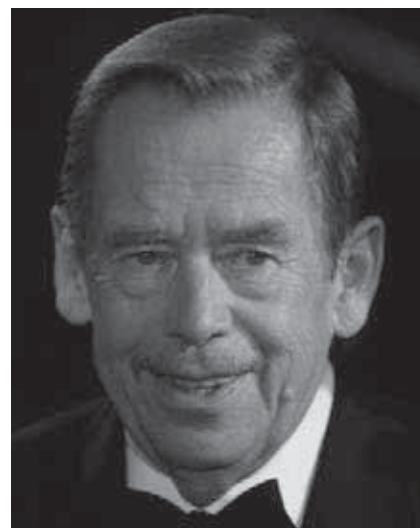
– Erinnerung an Václav Havel

Václav Havel, Sohn eines Ingenieurs, war 12 Jahre alt, als die Familie 1948 nach der Macht ergreifung der Kommunisten enteignet wurde. Aufgrund seiner „bourgeoisen“ Herkunft darf er keine weiterführende Schule besuchen und macht eine Lehre als Chemielaborant.

Auf einem Abendgymnasium holt er das Abitur nach und schreibt erste Texte, die stark von Kafka beeinflusst waren. Ein angestrebtes geisteswissenschaftliches Studium wird ihm aus politischen Gründen verwehrt, sein Studium an der Technischen Hochschule darf er nicht abschließen, auch die Akademie der Musischen Künste weist seine Bewerbung ab. Havel schreibt Kritiken in allen wichtigen tschechischen Literaturzeitschriften, wird Dramaturg und Autor. Zentrales Thema seiner in der Tradition des absurden Theaters stehenden Stücke und Artikel sind die Gefahren totalitärer Machtansprüche für Individuum und Staat.

Während des Prager Frühlings 1968 ist Havel Vorsitzender des „Klubs unabhängiger Schriftsteller“ und gehört zu den 150 Unterzeichnern eines offenen Briefes an das ZK der tschechischen KP mit Forderungen nach mehr Demokratie. Er wird Wortführer der nicht-kommunistischen Intellektuellen, die den von Alexander Dubcek eingeleiteten Reformprozess unterstützen. Nach der Besetzung seines Landes durch die Truppen des Warschauer Paktes widersetzt sich Havel der Gleichschaltungspolitik und erhält daraufhin Aufführungs- und Publikationsverbot im gesamten Ostblock.

Obwohl in der Heimat geächtet und schikaniert, erfreut sich Havel international wachsender Bekanntheit als



Václav Havel wurde als politischer Gefangener in der CSSR von der IGFM betreut. Später war er der erste frei gewählte Präsident seines Landes.

Dramatiker und Hörspielautor. Viele deutschsprachige Bühnen bringen seine satirischen Komödien wie „Die Retter“ (1974), „Audienz“ (1976), „Vernissage“ (1976) und „Protest“ (1979). Zur neuen künstlerischen Heimat Havels entwickelt sich das Wiener Burgtheater.

Im April 1975 rechnet er in seinem Offenen Brief an Staatspräsidenten Husák schonungslos mit dem System der absoluten „Tiefendemoralisierung“ ab, das die Menschen in Heuchelei, Depression und Passivität führe. Im Januar 1977 ist Havel Mitbegründer der Menschen- und Bürgerrechtsbewegung „Charta 77“. Als einer ihrer Sprecher wird er zwei Monate später verhaftet und wegen „subversiver und staatsfeindlicher“ Aktivitäten zu drei Jahren Gefängnis auf Bewährung verurteilt.

1978 wird er wegen fortgesetzter Akti-

vitäten als Bürgerrechtler und seiner Veröffentlichungen in einem Selbstverlag unter Hausarrest gestellt, 1979 erneut verhaftet und wegen „Aufruhrs“ zu viereinhalb Jahren Gefängnis verurteilt. Havel wird zu einem der wichtigsten Betreuungsfälle des gerade gegründeten Arbeitsausschusses „Politische Gefangene in der CSSR“ der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte.

Infolge heftiger internationaler Proteste wird er 1983 vorzeitig freigelassen. Er nimmt umgehend seine Bürgerrechtstätigkeit in der „Charta 77“ auf, 1988 gründet er die Dissidenten-Monatszeitung „Lidove noviny“.

Václav Havel: Symbolfigur des gewaltlosen Widerstandes wird Präsident

Im November 1989 leitet eine Demonstration mit über 50.000 Teilnehmern in Prag die „samtene Revolution“ und damit den Sturz des kommunistischen Regimes in der CSSR ein. Havel, Symbolfigur des gewaltlosen Widerstandes, wird Vorsitzender des neu gegründeten „Bürgerforums“ (OF), dem neben oppositionellen und Menschenrechtsgruppen auch die „Charta 77“ angehört. Das Bürgerforum setzt gemeinsam mit seiner slowakischen Schwesterorganisation „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ (VPN) die Bildung einer neuen Regierung durch. Nach dem Rücktritt des KP-Chefs Husák als Präsident wird Havel am 29. Dezember 1989 einstimmig zum ersten nicht-kommunistischen Staatspräsidenten der CSSR seit 1948 gewählt. Knapp zwei Monate später unterzeichnen Havel und der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow in Moskau eine Deklaration über Gleichberechtigung und Souveränität und vereinbaren den Abzug der sowjetischen Streitkräfte bis Ende 1991. Nach der Abspaltung der Slowakei wird Havel 1993 zum Präsidenten der Tschechischen Republik gewählt – in ein Amt, das er bis 2003 bekleidet.

IGFM BERGEN-ENKHEIM

Hilfsgüter und Pakete für Rumänien

Die IGFM-Arbeitsgruppe Bergen-Enkheim und ihre Sprecherin Karin Müller-Kinet haben in der Vorweihnachtszeit besonders intensiv Hilfsgüter für Rumänien gesammelt.

Lebensmittel, Kleidung, Spielzeug, Schulranzen, Rollatoren, Rollstühle, Kinderwagen und Federbetten und vieles mehr – denn in Siebenbürgen und anderen Regionen Südost-Europas leben viele Menschen nach wie vor weit unterhalb des Existenzminimums.

Überwiegend werden die Sachspenden in der IGFM-Geschäftsstelle in Frankfurt abgegeben. Doch immer wieder



Karin Müller-Kinet, Sprecherin der IGFM-Arbeitsgruppe Bergen-Enkheim, vor frisch gepackten Paketen für Rumänien. Durch den Einsatz von Bananenkisten statt gekaufter Kartons hat die IGFM im Laufe der Jahre Tausende Euros gespart. Ohne den Einsatz sehr vieler ehrenamtlicher Arbeitsstunden wäre das ausgeschlossen. Foto: Karoline Ohlmeier

wenden sich die Aktiven der Arbeitsgruppe direkt an Kunden von Supermärkten, um Lebensmittelspenden zu erbitten. Einer dieser Einsätze fand am 17. November vor dem Lidl-Markt in der Frankfurter Borsigallee statt. „Wir haben insgesamt 293 Kilogramm Lebensmittel gesammelt und knapp einhundert Euro Bargeld, von dem wir die restlichen benötigten Nahrungsmittel kaufen konnten“, berichtet Karin Müller-Kinet zufrieden. Zusammen mit Partnern werden unter anderem Pakete mit Speiseöl, Mehl, Zucker, Reis, Nudeln und Vitamintabletten gepackt. Mit Blick auf einen Stapel im Lager der IGFM erläutert sie: „Diese fünfzig Lebensmittelpakete werden von Mitarbeitern vor Ort in die ländlicheren Gebiete gebracht, wo viele Familien, Kinder und vor allem ältere Menschen im Elend leben. Rentner erhalten nur umgerechnet 80 bis 120 Euro Rente monatlich und können davon nicht viel kaufen.“

Die Kinder des katholischen Kindergartens Heilig Kreuz und ihre Erzieherinnen hatten zu St. Martin die Idee, Grundnahrungsmittel für die „Pakete zum Leben“ zu spenden, und luden zu diesem Anlass eifrig Nudeln, Reis und Mehl in das Auto von Karin Müller-Kinet. Weitere 100 Lebensmittelpakete wurden am Donnerstag, 1. Dezember, auf den Weg gebracht. Karin Müller-Kinet packt mit den Mitarbeiterinnen Rita Müller, Hanni Rickmann und Gisela Zalewsky an diesem Tag zusätzlich individuelle Päckchen für fünfzehn ihr persönlich bekannte Familien und elf Kindergärten.

Karin Müller-Kinet aber auch andere Mitglieder der IGFM fahren regelmäßig auf eigene Kosten nach Rumänien, um sicher zu gehen, dass die Hilfe gut ankommt – und auch um zu erfragen, welche Güter von wem am dringendsten gebraucht werden.

IGFM-SCHWEIZ

Menschenrechtspreis 2011 an Marthe Gosteli und Beatrix Mesmer verliehen

Die Schweizer Sektion der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte hat am Tag der Menschenrechte, dem 10. Dezember 2011, in Bern ihren Menschenrechts-Preis an die Frauenrechtlerin Marthe Gosteli und die Historikerin Beatrix Mesmer verliehen. Die IGFM-Schweiz würdigte damit ihren Einsatz für die Frauenrechte.

Dr. Marthe Gosteli ist eine der profiliertesten Frauenrechtlerinnen der Schweiz. Sie hat sich als Gründerin des Frauenarchivs in Worblaufen und wegen ihres unermüdlichen Einsatzes für die Frauenrechte verdient gemacht, erläuterte die IGFM-Schweiz. Mit der Herausgabe ihrer Bücher leiste sie einen wichtigen Beitrag für die Beachtung der Menschenrechte im Sinn der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen von 1948.

Marthe Gosteli gründete 1982 die gleichnamige Stiftung und stellte auf dem elterlichen Grundstück in Worblaufen großzügige Archivräume für das historische Gedächtnis der Schweizer Frauenbewegung zur Verfügung – ohne finanzielle Unterstützung durch die öffentliche Hand. Sie konzentrierte die weit verstreuten Archivalien und die Nachlässe wichtiger Exponentinnen für Frauenrechte in Worblaufen und stellte sie der Forschung und der Frauenrechtsbewegung großzügig zur Verfügung. Es war lange Zeit der einzige Forschungsraum zu diesem Thema. Erst seit zehn Jahren gibt es an der Universität Bern auch das Interdisziplinäre Zentrum für Geschlechterforschung.

Gosteli ist 94 Jahre alt und nach wie vor in ihrem Archiv aktiv, das nach ihren Angaben „eine der größten Frei-

heitsbewegungen des letzten Jahrhunderts“ dokumentiert. „Ich hätte noch viele Projekte, aber ich glaube, es reicht jetzt einfach zeitlich nicht mehr“, sagte sie kürzlich in einem Gespräch mit der Nachrichtenplattform Swissinfo.

Die Stadtberner National- und Gemeinderätin Regula Rytz wies in ihrer Laudatio darauf hin, dass Marthe Gosteli als Akteurin, Zeitzeugin und Archivarin der Frauenbewegung früh erkannte, dass Gleichstellung im Kopf beginnt: „Die Frauen mussten zuerst die Köpfe der Männer verändern.“ Der Gleichstellungsgedanke musste in die Politik, in die Wirtschaft, aber auch in die Haushalte und in die Kinder- und Schulstuben getragen werden. Marthe



Prof. Beatrix Mesmer erhielt den Preis für ihren maßgebenden Beitrag zur Geschichte der Frauenrechtsbewegung in der Schweiz.

Gosteli habe ganz bewusst auch die jungen Menschen angesprochen – denn diese sind noch offener in ihren Lebensentwürfen.

Die emeritierte Berner Geschichtspräsidentin Béatrix Mesmer erhielt den Preis der IGFM, um sie damit als eine der führenden Schweizer Historikerinnen zu würdigen, die einen maßgebenden Beitrag zur Geschichte der Frauenbewegung geleistet hat. Mit ihrer Publikation „Staatsbürgerinnen ohne Stimmrecht“ habe sie auf wichtige historische und menschenrechtliche Zusammenhänge aufmerksam gemacht, heißt es in der Preisurkunde. Sie ist eine der Pionierinnen der Frauengeschichts-Forschung in der Schweiz.

Von 1972 bis 1996 war Béatrix Mesmer als ordentliche Professorin für Schweizer Geschichte an der Universität Bern tätig. Ihr Interesse galt und gilt den neueren Konzepten der Sozial-, Mentalitäts- und Geschlechtergeschichte. Mit ihren fundierten Interpretationen erschloss Frau Mesmer den Akteurinnen der Frauenbewegung wichtige Argumente zur Gleichstellungspolitik. In ihren Publikationen deckte sie die Rückständigkeit der schweizerischen Gesetzgebung schonungslos auf. Unter anderem wurden ledige, verwitwete und geschiedene Frauen in vielen Kantonen bis zum Ende des 19. Jahrhunderts obligatorisch durch einen Geschlechterbeistand vertreten. Wann und warum wurde diese Entmündigung schließlich doch aufgegeben? „Als die Männer merkten, dass es schwierig war, mit Frauen, die nicht rechtsfähig waren und einen Vormund hatten, Geschäfte zu machen.“, erläutert Béatrix Mesmer. Wie so häufig hat also die Logik der Ökonomie die gesellschaftlichen Ideologien in die Schranken verwiesen.

Laudatio durch Nationalrätin Regula Rytz

Die Stadtberner National- und Gemeinderätin Regula Rytz erwähnte in ihrer Laudatio Gostelis Beharrlichkeit und den unerschütterlichen Glauben an die Rechte der Frauen. Zu Beatrix Mesmer habe Rytz als ehemalige Studentin ein ganz besonderes Verhältnis, wie sie ausführte. Sie wies darauf hin, dass 2011 in mehrfacher Hinsicht ein Frauen-Jubiläumjahr für die Schweiz war: 40 Jahre Frauenstimm- und Wahlrecht, 30 Jahre Gleichstellungsartikel und 20 Jahre Frauenstreik gab es zu feiern.

Ganz in der Tradition von Frauenrechtlerinnen aus der Zeit der Aufklärung und der Französischen Revolution stünden auch die beiden Preisträgerinnen der IGFM-Schweiz. Sie setzten sich in unterschiedlichen Rollen und doch stark miteinander verknüpft für die Frauenrechte als unabdingbarer Bestandteil der Menschenrechte ein. Zum Glück würden sie dabei nicht das gleiche Schicksal erleiden wie ihre Vorkämpferin, die französische Schriftstellerin Olympe de Gouges, deren Leben durch die Guillotine beendet wurde. Die Frauenrechtsbewegungen des 19., 20. und 21. Jahrhunderts seien wohl die unblutigsten, aber wirksamsten Befreiungsbewegungen der jüngeren Geschichte.

Schweizerischer Menschenrechtspreis

Seit 1994 vergibt die IGFM Schweiz jährlich den schweizerischen Menschenrechtspreis. Er hat zum Ziel, Menschen und Aktionen auszuzeichnen, die den Frieden und die menschliche Sicherheit unterstützen und fördern. Unter den bisherigen Preisträgerinnen und Preisträgern finden sich u.a. der Dalai Lama, Cornelio Sommaruga, Tim Guldemann, die „Chaîne du Bonheur“, Adolf Ogi, die Gruppe der „1000 Frauen für den Frieden“ (Anni Lanz, Elisabeth Ducrey Wagner, Elisabeth Neuenschwander, Irene Rodriguez und Marianne Spiller) und Dick



Dr. Marthe Gosteli (l.) empfängt den Preis aus den Händen von Monique Schlegel (r.), der Geschäftsführerin der IGFM Schweiz.

Marty. Im Jahr 2008 wurde der Preis Almir Narayamoga Surui vergeben und 2009 erhielten David Kilgour und David Matas aus Kanada den Preis für ihre jahrelangen Recherchen über den Organraub in China. 2010 erhielt die palästinensisch/jüdische Organisation „parents circle – families forum“ den Menschenrechtspreis der IGFM-

Schweiz: Einer Organisation von Juden und Palästinensern, die Kinder und Angehörige in dem seit Jahren virulenten Konflikt im Heiligen Land verloren haben und die dennoch auf einander zugehen und gemeinsam versuchen, einen Weg zum Ende der Gewalt und für ein friedliches Miteinander zu ebneten.



Preisverleihung durch die IGFM Schweiz am Tag der Menschenrechte 2011 in Bern.



Unterdrückte Frauen in islamischen Ländern brauchen Ihre Hilfe:
www.menschenrechte.de



Das Ende eines Taugenichts

– Menschenrechtsverbrechen in Nordkorea

Der verstorbene Diktator Kim Jong-Il hinterlässt seinem Nachfolger eine niederschmetternde Eröffnungsbilanz: In dem stalinistisch regierten und hermetisch abgeschotteten Nordkorea leiden in Zwangsarbeitslagern über 200.000 politische Gefangene.

Infolge der staatlich gelenkten Planwirtschaft herrscht seit Jahrzehnten extreme Mangelversorgung. Als Folge dieser Misswirtschaft rafften Hungerkatastrophen in den letzten 15 Jahren weit über eine Million Menschenleben dahin. Ob der Aufstieg zur nuklearen Macht ein Erfolg für das Land ist, sei dahingestellt. Für Kim Jong-Il war es sicher eine außenpolitische Absicherung. Dies wird

vom Regime auch als einer der größten Erfolge des verstorbenen Diktators gefeiert.

Verheerende Lage der Menschenrechte

Gegner der kommunistischen Einpartei-Diktatur werden für sogenannte „politische Verbrechen“ in Zwangsarbeitslagern gefoltert, von denen das bekannteste Yodok in der Region Süd-Hamkyong mit über 50.000 Gefangenen ist.

Die Haftbedingungen in den Lagern des nordkoreanischen Gulags sind derart katastrophal, dass die Gefangenen nach Angaben von Überläufern und Flüchtlingen oft nach wenigen Jahren sterben.

Satellitenaufnahmen belegen den systematischen Ausbau der Arbeitslager in den letzten Jahren.

Nach Einschätzung der IGFM ist das kommunistische Reich der Kim-Familie weltweit das Land, in dem Christen am härtesten verfolgt werden. Als Christen erkannte Nordkoreaner werden gezielt in Lager eingewiesen und dort als Sklavenarbeiter ausgebeutet. Christliche Mission – und Lebensweise – werden mit Folter und gezielter Ermordung drakonisch verfolgt. Experten gehen von bis zu 70.000 inhaftierten Christen aus.

Nordkorea-Kenner sehen in dem Herrscherwechsel wenig Chancen auf eine baldige Besserung für die Bevölkerung Nordkoreas. Es ist anzunehmen, dass



Stellenanzeige



- 17.12.2011 Kim Jong-Il ist tot.
- 19.12.2011 Nordkorea sucht einen neuen Diktator.
- 20.12.2011 Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte schaltet eine Stellenanzeige.

Sind Sie unser Typ?

Wir sind ein kleiner, familiär betriebener Staat im Norden der koreanischen Halbinsel mit einer langen Familientradition seit 1953.

Für unsere demokratische und volksnahe Regierung in Pjöngjang suchen wir ab dem 29.12.2011 eine/n motivierte/n

DIKTATOR /-IN

Sie haben langjährige Erfahrung in Unterdrückung der Pressefreiheit, Verletzung der Menschenrechte, Folter, Mord und Verfolgung politisch Andersdenkender oder religiöser Minderheiten? Dann sind Sie unser/e Mann/Frau!

Möchten Sie mehr über uns und unser herzliches Arbeitsumfeld erfahren, dann informieren wir Sie gerne unter:

www.igfm.de

Wir freuen uns auf Sie!

auch in Zukunft der „wahre Schlüssel“ des Menschenrechtsproblems nicht in Nordkorea zu suchen ist – sondern vielmehr bei dem Großen Bruder China. Peking steht noch immer als engster Verbündeter hinter dem Regime der Kim-Familie. Offizielle Beileidsbekundungen und „aufrichtiges Mitgefühl“ dem nordkoreanischen Volk werden zum Tod des „geliebten Führers“ veröffentlicht – eine chinesische Beunruhigung vor einer möglichen Instabilität wird bisher nur hinter vorgehaltener Hand geäußert. Nachbarländer sind offener unsicher – Südkorea aktivierte die Truppen, Japan berief den Sicherheitsrat ein. Westliche Mächte äußern sich nur zögerlich. Moskau zeigt sich eher mitfühlend – ähnlich wie Peking.

Nach Angaben der Vereinten Nationen fliehen trotz enormen Risikos immer mehr Menschen aus Nordkorea. Thailand ist eines der wenigen Länder, das nordkoreanische Flüchtlinge vorbehaltlos aufnimmt. Ganz anders agiert China. Gemäß einem 1968 geschlossenen Abkommen zwischen Peking und Pjöngjang, schiebt China nordkoreanische Flüchtlinge nach Nordkorea ab, wo sie langjährige Haftstrafen, Zwangsarbeit, Folter oder sogar die Todesstrafe erwarten – und dies obwohl Südkorea zur Aufnahme dieser Flüchtlinge bereit wäre.

Politikwechsel ist nicht zu erwarten

In einem Kommuniqué zum Tod Kim Jong-Ils verlangten das Zentralkomitee der Arbeiterpartei, die beiden Militärkommissionen und Nordkoreas Pseudoparlament, totale Loyalität „zur Führung des verehrten Genossen Kim Jong-un“, der auch den Vorsitz des Trauerkomitees übernommen hat, dem 200 der höchsten Repräsentanten aus Armee und Regierung angehören. Kim Jong-uns ältere Brüder wurden übergangen. Die den Nordkoreanern verordneten zehn Tage Staatstrauer, vom 19. bis 29. Dezember, und das zwei Tage währende Schweigen über den Tod des „Geliebten Führers“ haben den totalitären Regierungsstil erneut dokumentiert. Während der zehntägigen Trauer verfügt Kim Jong-un über

die absolute staatliche Gewalt. Ein Raketensturz kurz nach dem Tod seines Vaters könnte eine Demonstration für zukünftigen Herrschaftsstil gewesen sein.

IGFM-Mahnwachen für Dr. Oh und seine Familie

Um ein deutliches Zeichen für die Einhaltung der Menschenrechte in Nordkorea zu setzen und um den IGFM-Einsatz gegen das menschenverachtende Regime des Kim-Clans und seiner Schergen zu verdeutlichen, führt die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte Mahnwachen zu Nordkorea durch. Nach diversen Demonstrationen in Frankfurt fand am 7. Dezember 2011 – in Verbindung mit dem Internationalen Tag der Menschenrechte am 10. Dezember – eine Mahnwache direkt vor der nordkoreanischen Botschaft in der Glinkastraße in Berlin statt. Exemplarisch wurde auf den Fall von Dr. Oh, dessen Familie seit 1985 verschwunden ist, verwiesen. Die IGFM wurde hierbei u. a. von der Menschenrechtsaktivistin Gerda Ehrlich unterstützt.

Diese wirkungsvolle Aktion sollte in der Unterschriftenübergabe an den Botschafter gipfeln. Aufgrund der (Nicht-)Reaktion der Botschaft, mussten sich die Teilnehmer der Mahnwache mit einer symbolischen Übergabe, in Form des Einwerfens der Appellisten in den Postkasten, begnügen. Die Stimmung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer wurde allein



Gerda Ehrlich demonstriert für die Menschenrechte in Nordkorea.

durch den massiven Regeneinbruch getrübt: Nach einer Stunde hatten sich auch die Letzten den Wassermassen ergeben. Die Mahnwache wurde abgebrochen – aber die Teilnehmer gingen mit einem guten Gefühl nach Hause: Die IGFM setzte ein Zeichen für die Menschenrechte – ein wichtiges Zeichen in einem langwierigen und harten Kampf. Die Symbolik war deutlich zu erkennen: Menschenrechtsaktivisten lassen sich auch von Widerständen nicht abschrecken – sie kämpfen weiter. Und so wurde deutlich gemacht: „Wir kommen wieder – bei jedem Wetter. Egal ob die Schergen Jong-II, Jong-un oder anders heißen: So leicht kommen sie nicht davon!“



Trotz strömendem Regen demonstrieren Aktivistinnen und Aktivisten der IGFM vor der nordkoreanischen Botschaft in Berlin.

Neuer Kino-Spot für die IGFM

Filmteam aus Rhein-Main produziert „A woman from Africa“

Warum produzieren viel beschäftigte Filmemacher einen Kino-Spot über Folter für die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte? Warum stellen sich Schauspieler ohne Gage als Darsteller für einen Menschenrechtsfilm zur Verfügung? Das Team berichtet:

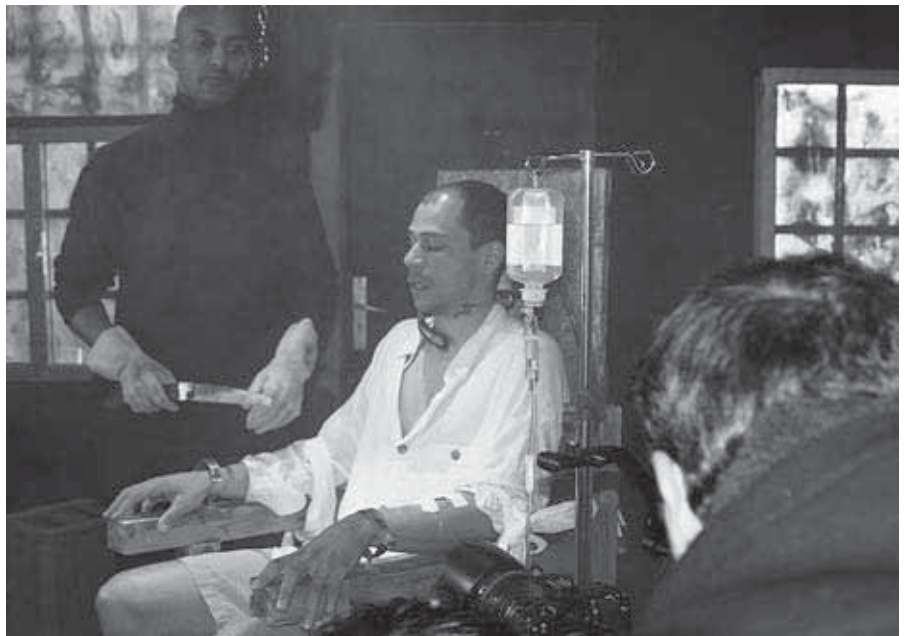
Der Denkanstoß kam mit dem täglichen Nachrichtenkonsum. Im Sommer 2011 prägt EIN Thema die internationalen Schlagzeilen. Die Proteste in den Ländern Nordafrikas.

Wir leben im Rhein-Main-Gebiet, zusammen mit Menschen aus vielen Nationen – in Freiheit. Fast jeder hat Freunde oder Bekannte aus den nordafrikanischen Ländern, die sich im Auf- und Umbruch befinden.

In all unsere Gespräche mischte sich aber zwischen die Freude über das Aufbegehren und die Hoffnung auf Veränderung immer wieder eines: die große Sorge um diejenigen, die im Trubel der Aufstände verhaftet werden, die von der Bildfläche verschwinden. Von deren Verbleib niemand etwas erfährt. Über Tage, Monate und oft für immer.

Schnell war klar: Der Begriff „Freiheit“ ist grenzenlos, auf emotionaler Ebene nicht messbar, daher individuell, nicht übertragbar und gerade für uns in Europa sehr breit aufgestellt, weil seit Jahrzehnten gelebt und als selbstverständlich empfunden.

Für uns wurde aber auch eines deutlich: Freiheit ist eng verwandt mit den Worten Liebe und Glück. Können Liebe und Glück ohne Freiheit existieren? Ist Freiheit die Grundvoraussetzung, um Liebe zu empfinden und glücklich zu sein?

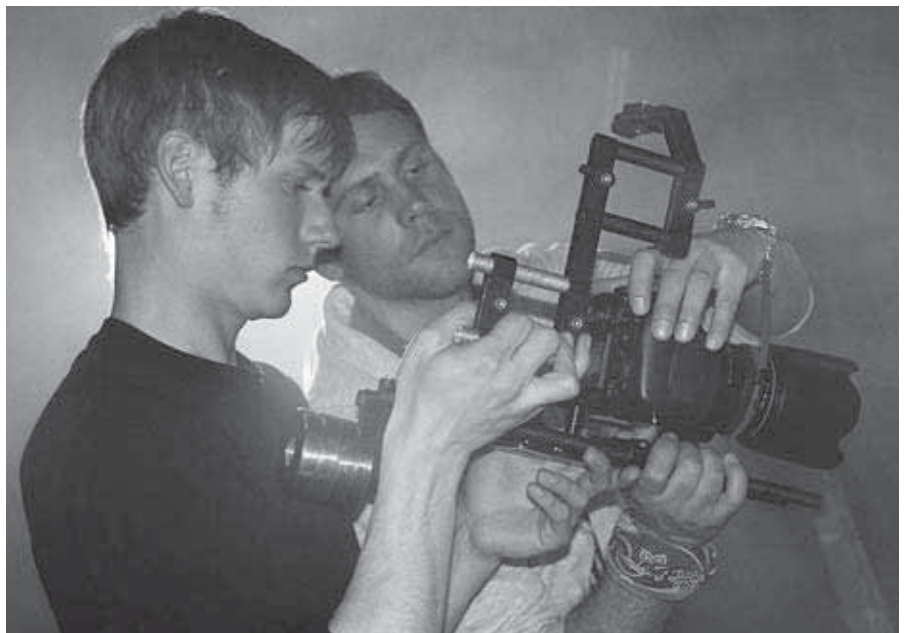


Am Set von „A woman from Africa“.

Zumindest eines stand schnell fest: die Entfaltung von Liebe und Glück wird durch Verfolgung und Folter im eigenen Land erheblich eingeschränkt.

Der Wunsch nach Freiheit, in ein ande-

res Land reisen zu können oder dort leben zu wollen, steht nicht im Mittelpunkt der Menschen in Nordafrika. Viele müssen ihre Heimat verlassen, um zu überleben – für uns kaum vorstellbar.



Das Kamerateam Nico Böhm und Niels Giehl bei Vorbereitungen.

Allein der Gedanke an Folter ist für uns schwer zu ertragen. Aber gar nichts zu tun fällt noch schwerer. Wir wollten etwas tun, mit unseren Möglichkeiten. Wir fanden Menschen aus verschiedenen Ländern Afrikas, die bereit waren, uns aus ihrer persönlichen Sicht von ihren ganz individuellen Erlebnissen zu erzählen.

Frauen in nordafrikanischen Ländern spielen eine zentrale Rolle in der sozialen und wirtschaftlichen Organisation einer Familie. Sie beweisen nunmehr Mut, ihre bisher unterdrückten Rechte nach Freiheit und Selbstbestimmung einzufordern.

Björn Schneider, Geschäftsführer der Flimmerkasten GmbH, übernahm Drehbuch und Regie und konnte mit Kollegen der acamnetwork GmbH auf ein besonders motiviertes Team zählen. Ohne Gage wurde im Studio der acamnetwork GmbH gedreht. Besonders intensiv und belastend waren für alle Beteiligten die Folter-szenen. Bei der Suche nach einem passenden Darsteller für die Rolle des Opfers wurde uns schnell klar, dass wir



Daniel Schröder in der Rolle des Opfers.

diese nervlich belastende Aufgabe nur einem professionellen Schauspieler aufbürden könnten. Mit Daniel Schröder fanden wir einen Schauspieler aus Berlin, der unseren Vorstellungen entsprach und der uns bei diesem Projekt sofort unterstützte. Ohne Gage! Viel Einfallsreichtum war nötig, um aus dem Studio eine düstere, schmutzige

Folterkammer zu machen. Dreharbeiten sind Zeitfresser, das sind sie immer. Wer aussagestarke, überzeugend inszenierte Bilder will, braucht viel Zeit. Die reine Drehzeit für den Spot musste aus organisatorischen Gründen auf einen Tag begrenzt werden. Dieses enge Zeitfenster hat nur deshalb ausgereicht, weil jeder im Team mit hoher Konzentration, viel Fachwissen und großem Engagement für das Thema dabei war. Nach all der Vorbereitung, dem intensiven Drehtag und dem Schnitt bleibt ein eindringlicher Film, der den Begriff Freiheit auf das Wesentlichste im Leben reduziert. Ein Appell an alle, ihre Stimme zu erheben und für Menschenrechte einzutreten.

Der Film in der Zusammenfassung: Eine schäbige Kammer, irgendwo in Afrika. Ein Mann räumt seine Folterinstrumente zusammen, die er gerade eben noch benutzt hat. Stimmengewirr von einer Demonstration ist von außen zu hören.

Die Erzählerin, eine Frau aus Afrika, beschreibt ihre Vorstellung von Freiheit: „Freiheit bedeutet für mich, dass ich jeden Abend meinen Mann wieder in die Arme schließen kann. Freiheit heißt für mich auch: frei sein von Gewalt. Meine Kinder möchte ich lehren, dass sie jederzeit sagen dürfen, was sie denken. Ohne dafür verfolgt zu werden.“

Schwarz-weiß-Aufnahmen deuten Folter in einer Rückblende an.

Die weibliche Stimme aus dem Hintergrund: „Es gibt ein Sprichwort in Afrika: ein Floh kann einen Löwen mehr ärgern als ein Löwe einen Floh. Es gibt viele Flöhe in Afrika und ich bin einer davon.“ Der Mann, der seine Folterinstrumente zusammenräumt, knipst das Licht aus und verschwindet unerkannt draußen in der Protestmenge. Wahrscheinlich wird ihn niemand zur Rechenschaft ziehen können. Die Stimme der Frau bündelt zum Schluss die Botschaft des Films: „Gemeinsam gegen Gewalt und Verfolgung“.



Klappe 10 für das Filmteam: emotional belastende Dreharbeiten für alle Beteiligten.

HAMBURG

Demonstration und Mahnwachen gegen Todesstrafe für Ex-Muslime

Über 400 Teilnehmer einer von der IGFM-Arbeitsgruppe Hamburg organisierten und von der Evangelischen Allianz Hamburg unterstützten Demonstration protestierten für Religionsfreiheit und gegen die Verhängung der Todesstrafe für ehemalige Muslime, die Christen geworden sind.

IGFM-Aktive und Unterstützer zogen am 16. September 2011 vor das iranische Konsulat der Hansestadt und forderten die Freilassung des iranischen Pastors Youcef Nadarkhani.

Dem 35-jährigen Leiter einer 400 Mitglieder zählenden Untergrundgemeinde droht wegen seines Übertritts zum christlichen Glauben vor über 15 Jahren der Tod durch den Strang. Nadarkhani war als Sohn muslimischer Eltern mit 19 Jahren Christ geworden. 2010 wurde er unter anderem wegen „Abfall vom Islam“ zum Tode verurteilt. Ende Juni bestätigte der Oberste Gerichtshof der Islamischen Republik das Urteil in letzter Instanz.

Die Demonstration begann und endete auf der Wiese gegenüber dem iranischen Generalkonsulat in Hamburg, in der Bebelallee 18. Sie führte durch große Ausfall- und Geschäftsstraßen, die von der Polizei entsprechend abgesperrt waren. Nach dem Marsch mündete die Demonstration in einer Kundgebung. Der iranische Generalkonsul weigerte sich, eine Petition der Demonstranten mit 340 Unterschriften entgegenzunehmen; das Schreiben wurde deshalb von zwei iranischen Pastoren, die selbst Konvertiten sind, in den Briefkasten des Konsulats geworfen.



Fernsehinterview mit Pastorin Mahin Mousapour, eine der Rednerinnen der Kundgebung. Pastorin Mousapour leitet heute eine Konvertitengemeinde und ist wie Nadarkhani vom Islam zum Christentum übergetreten.



Ausgelassene Stimmung: Sammeln vor dem iranischen Generalkonsulat in Hamburg. Motivierend und bewegend war die große Zahl mitgebrachter Plakate und Transparente. Viele Teilnehmer hatten sich Urlaub genommen, um an der Demonstration teilnehmen zu können.

Ex-Muslimen droht Gefängnis und Folter. Die IGFM befürchtet, dass in der Islamischen Republik mehreren Tausend weiteren Konvertiten die Hinrichtung droht, sollte die Todesstrafe gegen Pastor Nadarkhani vollstreckt werden. Wie die im Exil in Frankfurt am Main lebende iranische Pastorin Mahin Mousapour in ihrer Ansprache erläuterte, würden schon jetzt Konvertiten in großer Zahl willkürlich verhaftet und gefoltert, ohne Benachrichtigung der Angehörigen oder eines Rechtsanwalts, ohne Anklage und Gerichtsverfahren.

Viele Iraner seien durch die Herrschaft der islamischen Geistlichen und die im Namen des Islam begangenen Verbrechen und täglichen Gängelungen von ihrer Religion enttäuscht und würden sich geistlich neu orientieren oder sich von jeder Religion abwenden. Obwohl der staatliche Druck auf ehemalige Muslime zunehme und neuen Christen Gefängnis und Folter drohen, breite sich der christliche Glaube weiter aus.

Bewegend war die große Zahl mitgebrachter Plakate und Transparente. Arbeitsgruppensprecher Michael Brettbauer beschrieb die gesamte Atmosphäre nicht nur wegen des strahlenden Sonnenscheins als außerordentlich positiv und ermutigend. Viele hätten sich große Mühe gemacht, seien selbst kreativ geworden, hätten extra Urlaub genommen. Es sei ein starker Motivationsschub für alle, die dabei waren.

Abgeordneter: Glaubensfreiheit ist Menschenrecht

Pastor Nadarkhani sei bewusst, dass er der Hinrichtung nur entgehen könne, wenn er sich von seinem Glauben lossage, erklärte der Hamburger Bundestagsabgeordnete Jürgen Klimke (CDU) bei der Demonstration. Dies verstöße gegen das Menschenrecht auf Religionsfreiheit. Niemand dürfe gezwungen werden, eine Religion auszuüben, der er nicht folgen wolle. Auch verletze die Todesstrafe das „höchste und unantastbare Grundrecht



Über 400 Personen nahmen am Demonstrationszug gegen die Hinrichtung des iranischen Pastors Nadarkhani teil. Die Evangelische Allianz Hamburg und mehrere Kirchengemeinden unterstützten die Aktion der IGFM-Arbeitsgruppe Hamburg.

der Menschenwürde“, wie es auch im deutschen Grundgesetz festgeschrieben ist. Im Iran seien in diesem Jahr bereits 800 Todesurteile vollstreckt worden, so Klimke.

Von den rund 74 Millionen Einwohnern des Landes sind 99 Prozent Muslime. Die Zahl der Konvertiten zum christlichen Glauben ist nicht bekannt, wird aber auf mehrere Tausend geschätzt. Ferner gibt es bis zu 150.000 meist orthodoxe armenische und assyrische Christen.

Wöchentliche Mahnwachen

Am 12. Oktober 2011 verwies das Oberste Gericht der Islamischen Republik das Verfahren gegen Pastor Nadarkhani nach immer stärker werdenden internationalen Protesten zurück an die Erstinstanz. Offiziell wegen „unvollständiger Ermittlungen“. Die IGFM-Arbeitsgruppe sieht darin einen bedeutenden Etappensieg. Die Aufmerksamkeit für die nach wie vor drohende Hinrichtung von Pastor Nadarkhani und anderen Ex-Muslimen dürfe aber jetzt nicht abreißen. Die IGFM-Arbeitsgruppe hatte daher nach diesem Urteil damit begonnen,

an jedem Freitag der Woche mit einer Mahnwache vor dem iranischen Generalkonsulat weiterhin zu protestieren. Die Mahnwachen wurden bisher von mehreren Kirchengemeinden in Hamburg unterstützt und zählten jeweils zwischen über 20 und über 40 Teilnehmern.

Neben einer Gruppe von Aktiven, die regelmäßig dabei sind, kamen jedes Mal auch neue Teilnehmer – trotz der inzwischen frostigen Temperaturen. Beim Sammeln der Unterschriften finden sich nun regelmäßig Passanten, die bereits bei anderen Gelegenheiten, z.B. in ihren Kirchengemeinden unterschrieben haben, dann aber zusätzliche Unterschriftenlisten für ihren Freundeskreis mitnehmen. Nach Sonnenuntergang spenden Wachsfackeln nicht nur Wärme, sondern bieten auch einen prächtigen Blickfang.

Video auf YouTube

Ein kurzer Film mit Eindrücken von der Demonstration steht unter dem Titel „Freiheit für Pastor Youcef Nadarkhani“ auf der IGFM-Facebook Seite und der IGFM-YouTube Seite.

Wittlich

Eine Großküche auf Reisen

Die Arbeitsgruppe Wittlich der IGFM hat mit ihrem 316. Hilfstransport eine Großküche nach Litauen transportiert, wo sie nun in einem Krankenhaus zum Einsatz kommt.

Die Großküche wurde im Jahr 1978 in das ehemalige Internat des Staatlichen Aufbaugymnasiums und späteren Peter-Wust-Gymnasiums eingebaut. Auch das überbetriebliche Ausbildungszentrum unterrichtete dort später Hauswirtschaftsklassen. Weil das Gebäude vollständig saniert werden muss, hat der Kreis Bernkastel-Wittlich der IGFM die Küche überlassen. In rund zehn Stunden bauten die Ehrenamtlichen der IGFM-Gruppe mit viel Geschick alles ab. Rechts und links an einem 1.000 kg schweren Eisenstahlträger waren riesengroße Töpfe mit einem Fassungsvermögen von 100, 60 und 30 Litern eingebaut, außerdem Kochplatten. Nur mithilfe der Spedition Elsen konnten Teile geladen werden.

Höhere Transportkosten belasten humanitäre Hilfe

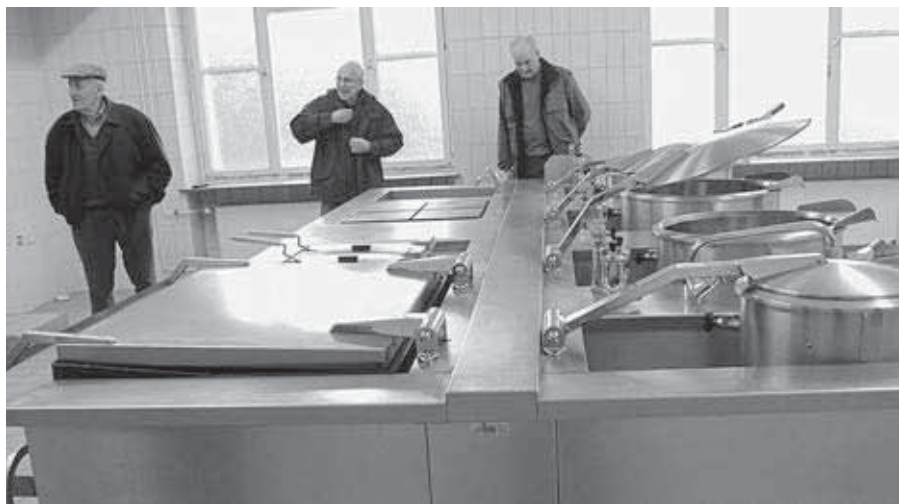
Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte versorgt besonders Bedürftige in Osteuropa und Partner vor Ort mit Hilfsgütern. Doch die Wittlicher IGFM-Arbeitsgruppe steht vor Problemen, weil die Transportkosten deutlich steigen. Die IGFM-Arbeitsgruppe besteht bereits seit über 31 Jahren. In den ersten zehn Jahren wurden Hunderte von Paketen in kommunistische Staaten geschickt, ab 1990 begannen dann Transporte mit humanitärer Hilfe. Über 320 Sattelschlepper mit Zielen in Ost- und Südosteuropa wurden bislang beladen. Im Jahr 2009 konnte die IGFM-Wittlich sogar ein komplett eingerichtetes Lazarett mit OP-Saal, Röntgenanlage, Schränken, Desinfektionseinheit, Labor und Krankenhausbetten demonstrieren, verladen und nach Kongo-Brazzaville transportieren.



Ehrenamtliche der IGFM bauen die Edelstahlgroßküche des ehemaligen Internats des Peter-Wust-Gymnasiums in rund zehn Stunden ab.

Die Arbeit der Gruppe findet großen Zuspruch in Wittlich und der Umgebung. So unterstützen beispielsweise drei Warenzentralen eines großen Discounters die Transporte, auch das Wittlicher Modell für Arbeitssuchende (Wilma) und das überbetriebliche Ausbildungszentrum ÜAZ unterstützen die Arbeit der IGFM-Arbeitsgruppe und ihrer Sprecherin Katrin Bornmüller. Das Lager im Schnäppchenmarkt Met-

zen wird kostenlos zur Verfügung gestellt. Bislang wurden rund 35.000 Euro für 20 Transporte pro Jahr benötigt – jetzt stiegen die Preise um 400 Euro pro Transport. Die IGFM muss daher rund 42.000 Euro pro Jahr für die Transporte aufwenden. Die IGFM bittet daher um weitere finanzielle Unterstützung. Geplant sind Transporte nach Litauen, Kroatien, Rumänien und Albanien.



Diese Großküche tut nun in einem Krankenhaus in Litauen ihren Dienst.

Neuer Arbeitsausschuss:

IGFM will Engagement für China ausweiten



Gründung des Arbeitsausschusses der IGFM für die VR China am 17. Dezember 2011 in der IGFM-Geschäftsstelle in Frankfurt.

Am 17. Dezember 2011 trafen sich in der IGFM-Geschäftsstelle in Frankfurt am Main 14 Mitglieder und Freunde der IGFM, um den IGFM-Arbeitsausschuss China zu gründen. Der Ausschuss hat das primäre Ziel, mehr Aufklärungsarbeit über die katastrophale Menschenrechtssituation in der Volksrepublik zu leisten, vor allem gegenüber Medien, Politikern und der breiten Öffentlichkeit. Zum 1. Sprecher des Arbeitsausschusses wurde IGFM Vorstandsmitglied Hubert Körper gewählt, zum 2. Sprecher André Huber.

Bei der Gründung waren neben Deutschen und Han-Chinesen auch Vertreter von ethnischen Minderheiten anwesend. Neben den Tibetern, die relativ stark im Fokus des öffentlichen Interesses stehen, werden in der Volksrepublik China etwa 50 ethnische Minderheiten von der kommunistischen Partei Chinas unterdrückt.

Ein Vertreter der Uiguren berichtete in Frankfurt über die Menschenrechtsverletzungen in der Provinz Xinjiang im Nordwesten der Volksrepublik – vor allem zu den Übergriffen in Urumqi, der ehemaligen Hauptstadt des Staates Ostturkestan. Dort sollen in den vergangenen Jahren mehrere Tausend Uiguren getötet worden sein. Schätzun-

gen zufolge sollen noch etwa 3.000 Personen vermisst werden. Ein Vertreter der mongolischen Minderheit berichtet über die planmäßige Ansiedlung von Han-Chinesen in der „Inneren Mongolei“, die die Mongolen zu einer Minderheit in ihrer Heimat gemacht habe. Starke Umweltverschmutzung und Grundwasserverseuchung durch Bergbau, aber auch durch Nuklearanlagen seien in der Inneren Mongolei schwerwiegende Probleme – die Unterdrückung der Meinungs- und Pressefreiheit sowie willkürliche Verfolgung von Umweltschutzaktivisten und

Gewerkschaftern durch die chinesischen Behörden mache aber eine Lösung dieser Probleme gegenwärtig unmöglich.

Neben der systematischen Zensur wurde auch über die Unterdrückung von Andersdenkenden und Glaubensgemeinschaften diskutiert, insbesondere über die Verfolgung der Meditationsschule Falun Gong. Vor allem aber wurde über praktische Wege für eine verbesserte Zusammenarbeit und für gemeinsame Strategien nachgedacht.



Hubert Körper und Man-Yan NG verfolgen die Beratungen zum Arbeitsprogramm des Arbeitsausschusses China.

FULDA

1.100 Kartons Geschirr, Gläser und Besteck

Ein Überblick über den Hilfstransport im August 2011

Am 20. August 2011 startete ein Sattelschlepper mit 17 Tonnen Geschirr, Bestecken, Gläsern und Haushaltswaren für mehr als 25 Familienwohngruppen für mehr als 10 Kinder- und Altenheime, Schulen, Kindergärten, Kirchen und für über 80 bedürftige Familien in den rumänischen Kreisen Braila und Vrancea.

Mitglieder der IGFM-Arbeitsgruppe Fulda verpackten drei Wochen lang die Hilfsgüter in der Halle der Fuldaer Firma Wahl, die alle Bestände ihres Lagers nach der Geschäftsaufgabe der IGFM für humanitäre Zwecke überlassen hatte.

Mehr als 1.100 Bananen- und Umzugkartons wurden gefüllt und bereits in Fulda unmittelbar für die Heime und Einrichtungen kommissioniert. In der Schule für Lernhilfe in Maicanesti wurden die Paketserien dann durch Prof. Mocanasu an die Empfänger ohne Umwege weitergegeben. Neben Geschirr, Bestecken und Gläsern in Großküchenqualität konnte die IGFM-Arbeitsgruppe auch Musterstühle und Sitzgarnituren übergeben. Für bedürftige Familien packten die Aktiven zusätzlich zu den Geschirrkartons jeweils noch Lebensmittelpakete, die Pastor Daniel Buzatu an die Familien überbrachte.

Im Oktober 2011 besuchte dann eine IGFM-Delegation, bestehend aus Felizitas Sondergeld, Gunter Goebel und Hans Welter, drei Tage lang zahlreiche Heime und kontrollierte den Verbleib der Hilfsgüter: Im Mädchenheim Mihalceni, ca. 20 km von Maicanesti entfernt, war das Geschirr und Besteck beim Mittagessen im Einsatz, in der Berufsschule Ion Mincu in Focsani hatte man alle Teller, Tassen und Gläser fein säuberlich zur Präsentation aufgebaut. Auf dem Besuchsprogramm in Braila und Focsani stand auch eine orthodoxe Armenküche, die mit Geschirr versorgt worden war, sowie



Angekommen: Die Küche der Berufsschule Ion Mincu in Focsani, Rumänien.

zahlreiche Familienwohngruppen des Kreisjugendamtes Braila mit behinderten und nicht behinderten Kindern und Jugendlichen, zu denen auch das von uns erbaute Casa Fulda zählt. Für die überaus große Spendenbereitschaft der Familie

Wahl bedankt sich die IGFM-Arbeitsgruppe Fulda ganz herzlich. Sie hofft, mit der Übergabe der Spenden die Lebensqualität in den unterstützten Einrichtungen ein wenig verbessert zu haben.



Alles Packen hat ein Ende: 1.100 Pakete warten auf den LKW. In der Mitte: Gunter Goebel, Sprecher der IGFM-Arbeitsgruppe Fulda, inmitten der Hilfspakete.

Glaube - Liebe - Sattelschlepper

Drei Jahrzehnte im Einsatz für die Menschenrechte

Jeder hinterlässt Spuren im Leben anderer Menschen. Für Katrin Bornmüller, die Vorsitzende der deutschen IGF-M-Sektion, gilt das in besonderem Maße. Bis heute hat sie ungezählte Stunden für Menschenrechte eingesetzt.

Unterstützt von inzwischen über 60 ehrenamtlichen IGF-M-Aktiven in Wittlich hat sie seit 1990 weit über 300 Sattelschlepper voller Hilfsgüter nach Ost- und Südosteuropa gebracht.

Ihre Arbeit kennt weder Sonn- noch Feiertage und geschieht seit über drei Jahrzehnten rein ehrenamtlich. Ihr Lebensmotto „Glaube – Liebe – Hoffnung“ ist ihr Ansporn für die Arbeit, die mit Briefaktionen und einzelnen Paketen begann und durch die inzwischen unter anderem eine komplette Krankenhauseinrichtung in Deutschland ab- und in Afrika wieder

aufgebaut wurde. Das Buch von Petra Geisbüsch zeichnet ein sehr persönliches Bild von Katrin Bornmüller und ihrer Arbeit, von den Anfängen, den Schwierigkeiten, der „Bearbeitung“ durch die Stasi, den Konferenzen für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE), in denen sie die IGF-M vertrat und für die Menschenrechte kämpfte.

Der Band enthält auch eine Vielzahl von Beiträgen von Menschen, für die sich Katrin Bornmüller eingesetzt hat oder mit denen sie gemeinsam gearbeitet und gestritten hat. Dazu gehört auch das Schlusswort von Vytautas Landsbergis, dem ersten Staatsoberhaupt Litauens nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit 1990 und späteren Parlamentspräsidenten.

Die Autorin zeichnet nicht nur das Leben eines herausragenden einzelnen Menschen nach, sondern beschreibt dabei auch die



Glaube – Liebe – Sattelschlepper

Katrin Bornmüller: Drei Jahrzehnte im Einsatz für die Menschenrechte

Diametric

Geisbüsch, Petra: Glaube – Liebe – Sattelschlepper; Katrin Bornmüller: Drei Jahrzehnte im Einsatz für die Menschenrechte. Verlag: Diametric, ISBN: 978-3-938580-23-3, Einband: gebunden, 224 Seiten, Preis: 29,90 Euro[D] / 30,80 Euro[A]

Geschichte und Gegenwart der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte und Europas.

Aufarbeitung und Dokumentation: „der stacheldraht“

Seit nunmehr 20 Jahren erscheint die Zeitschrift „der stacheldraht“, welche sich mit der Auseinandersetzung und Aufarbeitung der kommunistischen Diktatur im Osten Deutschlands befasst. Herausgegeben wird das Magazin mit neun Ausgaben pro Jahr von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG) und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Eigenen Angaben zufolge richtet sich die Zeitschrift, welche durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gefördert wird, vor allem an die Opfer des DDR-Regimes.

Für diese bietet die Zeitschrift ein Forum, da über Treffen und Veranstaltungen für Betroffene informiert und über aktuelle Vorgänge in Politik und Gesellschaft berichtet wird, die sich auf die Aufar-



Einzelpreis: 1,- Euro, Bestelladresse: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel: (030)55779230, E-Mail: der-stacheldraht@web.de

beitung der DDR-Diktatur beziehen. Jedoch ist „der stacheldraht“ auch politisch und menschenrechtlich Interessierten zu empfehlen. Durch unterschiedliche Rubriken mit verschiedenartigen Beiträgen, die sowohl zeitgeschichtliche Hintergründe, Einzelschicksale als auch aktuelle Informationen enthalten, wird ein umfassender Einblick in die Thematik ermöglicht.

Mit Interviews und Berichten von Betroffenen eröffnet die Zeitschrift einen persönlichen Blick auf die politischen Vorgänge während und nach der DDR-Diktatur. Dadurch wird dem Leser die Möglichkeit der direkten Auseinandersetzung mit Eindrücken und Erfahrungen von Zeitzeugen geboten. Dabei wird deutlich, dass die DDR selbst 20 Jahre nach ihrem Ende noch nicht Vergangenheit ist und die Opfer der Diktatur bis heute um die Anerkennung ihrer Schicksale kämpfen müssen.

Die Hälfte des Himmels

Dieses Buch zweier Pulitzer-Preisträger wirbt für ein großes Anliegen: Menschenrechte weltweit auch für Frauen durchzusetzen. Vor rund 200 Jahren gelang die Abschaffung der Sklaverei – heute formiert sich eine ähnliche Bewegung zur Emanzipation von Frauen und Mädchen.

Dieses informative und glänzend geschriebene Buch ist das Manifest der Bewegung – ein erschütterndes Dokument und zugleich ein außergewöhnliches Signal des Aufbruchs und der Hoffnung. Nicholas D. Kristof und Sheryl WuDunn sind das erste verheiratete Journalistenpaar, das mit dem Pulitzer-Preis ausgezeichnet wurde. Kristof erhielt einen zweiten Pulitzer-Preis für seine Kolumnen in der Times. Sheryl WuDunn

hat als Wirtschaftsredakteurin und als Auslandskorrespondentin für die Times gearbeitet. Die beiden leben mit ihren Kindern in der Nähe von New York City.

Die beiden Autoren beleuchten auch Schwierigkeiten und Probleme, von denen viele Leser vermutlich noch nicht einmal gehört haben. Sie zeigen aber auch Möglichkeiten auf, diese Probleme, die Millionen von Mädchen und Frauen betreffen, zu überwinden. Ein ungemein motivierendes und bewegendes Buch.

Kristof, Nicholas D. / WuDunn, Sheryl: Die Hälfte des Himmels, Wie Frauen weltweit für eine bessere Zukunft kämpfen. Vorwort von Käßmann, Margot. Übersetzt von Siber, Karl-Heinz / Osterwald, Grete. Verlag: Beck, C. H., ISBN: 978-3-406-62180-2, Einband: Paperback, 359 Seiten mit 43 Abbildungen - 19,0 x 12,4 cm, 12,95 Eur[D] / 13,40 Eur[A] / 20,50 CHF



Nicholas D. Kristof / Sheryl WuDunn

**Die Hälfte
des Himmels**
Wie Frauen weltweit
für eine bessere
Zukunft kämpfen

C.H.Beck

Mit einem Vorwort von
Margot Käßmann

Muslime und Christen

Nach den überraschenden – für viele orientalische Christen und Muslime vor allem beängstigenden – Wahlerfolgen der ägyptischen Salafisten ist das Verhältnis von Muslimen und Christen erneut in den Fokus gerückt.

Die gegenseitige Wahrnehmung ist von Stereotypen und nicht selten von Vorurteilen geprägt. Die Gesellschaften Nordafrikas und des Mittleren Ostens mit ihren größeren und kleineren christlichen Minderheiten sind aber komplexer und zugleich spannender als vielfach angenommen.

Pater Samir ist für den Vatikan als Berater in Sachen Islam tätig, zuletzt bei der Nahostsynode im Oktober 2010. Im Gespräch mit der Journalistin Michaela Koller berichtet Pater Samir, wie das Christentum im Orient die islamische Kultur mitprägte. Naivem Multikulti-Denken stellt er sich ebenso entgegen wie

pauschaler Islamschelte und propagiert stattdessen ein Miteinander in gegenseitigem Respekt, aber auch in Standhaftigkeit im Vertreten der eigenen Position.

Die Autoren: Samir Khalil Samir, geboren 1938 in Kairo. Der Jesuit ist seit 1986 Professor für Theologie und Islamwissenschaften in Beirut, am Päpstlichen Orientalischen Kolleg in Rom und am Centre Sevres de Théologie in Paris. Der Experte für Islam und christlichen Orient berät auch den Heiligen Stuhl in diesen Fragen.

Michaela Koller, geboren 1969, Politikwissenschaftlerin, arbeitete als Journalistin für große deutsche Medien. Sie ist eine ausgewiesene Kennerin des orientalischen Christentums. Vielfältige und regelmäßige Forschungs- und Rechercheaufenthalte seit 1991 führten sie in zahlreiche islamisch geprägte Staaten. Sie veröffentlichte u.a. die Bücher „Sadats Wende“ (2002) und „Migration aus Nordafrika – Ursachen und Probleme“ (2001).



Samir Khalil Samir/Michaela Koller

**Muslime
und
Christen**

Geschichte und
Perspektiven
einer Nachbarschaft

Samir, Samir Khalil / Koller, Michaela: Muslime und Christen, Geschichte und Perspektiven einer Nachbarschaft. Verlag: Sankt Ulrich, ISBN: 978-3-86744-180-3, Einband: gebunden, 176 Seiten - 21,5 x 13,5 cm, Preisinfo: 19,95 Euro [D] / 20,60 Euro [A] / 28,50 CHF



Atlantic Ocean

Gulf of Mexico

Straits of Florida

Caribbean Sea

84°

80°

76°

Havana

Matanzas

Santa Clara

Santiago de Cuba

Camaguey

Santiago de Cuba

Guantanamo

Artemisa

Cardenas

Placetas

Las Tunas

Manzanillo

Bayamo

Baracoa

San Cristobal

Jovellanos

Cienfuegos

Las Tunas

Amancio

Holguin

Moa

Pinar del Rio

Aguada de Pasajeros

Morón

Florida

Las Tunas

Palma Soriano

Guantanamo

Guane

Matanzas

Sancit Spiritus

Florida

Manzanillo

Bayamo

Baracoa

La Fe

Matanzas

Sancit Spiritus

Florida

Manzanillo

Bayamo

Baracoa

San Cristobal

Matanzas

Sancit Spiritus

Florida

Manzanillo

Bayamo

Baracoa

Guane

Matanzas

Sancit Spiritus

Florida

Manzanillo

Bayamo

Baracoa

La Fe

Matanzas

Sancit Spiritus

Florida

Manzanillo

Bayamo

Baracoa

San Cristobal

Matanzas

Sancit Spiritus

Florida

Manzanillo

Bayamo

Baracoa

Guane

Matanzas

Sancit Spiritus

Florida

Manzanillo

Bayamo

Baracoa

La Fe

Matanzas

Sancit Spiritus

Florida

Manzanillo

Bayamo

Baracoa

San Cristobal

Matanzas

Sancit Spiritus

Florida

Manzanillo

Bayamo

Baracoa

Guane

Matanzas

Sancit Spiritus

Florida

Manzanillo

Bayamo

Baracoa

La Fe

Matanzas

Sancit Spiritus

Florida

Manzanillo

Bayamo

Baracoa

San Cristobal

Matanzas

Sancit Spiritus

Florida

Manzanillo

Bayamo

Baracoa

Kubas Regierung hält ihre Bürger mit Gewalt im eigenen Land fest. Kämpfen Sie mit uns für die Menschenrechte auf Kuba. www.igfm.de



www.igfm.de

